

Antrag

der Abgeordneten Marina Schuster, Dr. Werner Hoyer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Die Beziehungen zu Lateinamerika und den Staaten der Karibik stärken und den EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 16. Mai 2008 findet in der peruanischen Hauptstadt Lima der V. EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel statt. Die zweijährlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Staaten der Karibik bieten die Gelegenheit, die Beziehungen zwischen beiden Regionen kritisch zu überprüfen.

Lateinamerika und die Karibik zeichnen sich durch große Heterogenität der einzelnen Länder aus, geprägt von kultureller Vielfalt, unterschiedlichen geographischen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Das Superwahljahr 2006 hat zum einen die demokratische Konsolidierung Lateinamerikas weiter vorangebracht, gleichzeitig aber die politische Landkarte stärker polarisiert.

In der Region selbst nehmen die politischen Spannungen zu, erschweren die regionalen Integrationsbemühungen und beeinflussen damit auch das Verhältnis zur EU. Institutionen regionaler Integration geraten zunehmend in den Strudel nationaler Interessenkonflikte bzw. des Strebens nach regionaler Vorherrschaft, wie dies insbesondere durch das Verhalten Venezuelas immer wieder bestätigt wird. Die EU, die zu Recht ein Konzept interregionaler Kooperation verfolgt, muss sich auf diese veränderten Rahmenbedingungen dennoch konzeptionell einstellen. Unter Beibehaltung des Ziels interregionaler Kooperation müssen auch subregionale und gegebenenfalls bilaterale Kooperationen stärker in den Vordergrund rücken.

Die Nachrichten über die politische Polarisierung Lateinamerikas verdecken, dass der Kontinent insgesamt an Stabilität gewonnen hat. Die Region erlebt mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 5 Prozent den stärksten Aufschwung seit vier Jahrzehnten – im Jahr 2007 lag das Wirtschaftswachstum sogar bei 6,2 Prozent. Die Staatshaushalte sind überwiegend ausgeglichen und die Devisenreserven Lateinamerikas haben sich auf 400 Mrd. US-Dollar verdoppelt. Die offizielle Arbeitslosenrate ging auf 8 Prozent zurück. Das Inflationstempo blieb niedrig. Die Verschuldung der Regierungen ging deutlich zurück. Es gelang Lateinamerika zudem erneut, die Belastung durch die Auslandsschulden zu verringern. Die Exporte der Region stiegen um 12 Prozent an und die Importe um 18 Prozent. Der Anteil der armen Menschen an der Gesamtbevölkerung hat sich in den vergangenen fünf Jahren von 44 auf 35 Prozent reduziert.

Trotz guter Wirtschaftszahlen bleiben Massenarmut und die nach wie vor extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen eine permanente Gefahr für den sozialen Frieden und die innere Stabilität der lateinamerikanischen Gesellschaften sowie der Nährboden für Kriminalität, Nepotismus und Populismus. Die Ineffizienz vieler Verwaltungen und die fehlende Transparenz bei der Regierungsführung bieten weiterhin Anlass zur Kritik. Auch die Drogenproblematik gibt weiterhin Anlass zur Sorge. Die International Crisis Group konstatiert in einem aktuellen Bericht die gestiegene Kokainproduktion in der Andenregion und eine gescheiterte Anti-Drogen-Politik auf beiden Seiten des Atlantiks. Die aus Lateinamerika stammende Kokainmenge hat laut dem Bericht im Jahr 2007 um 40 Prozent zugenommen. Das Drogenproblem stellt damit weiterhin eine große Belastung für die Entwicklung der Region und die Lösung der bestehenden Konflikte dar. Zudem steht Lateinamerika unverändert vor sicherheitspolitischen Herausforderungen durch den Einfluss von Paramilitärs, Guerillabewegungen, organisiertem Verbrechen, transnationaler Terroristen und Waffenhandel. Auch Europa ist mittelbar durch die sicherheitspolitischen Gefahren in Lateinamerika herausgefordert und in der Pflicht, den in der europäischen Sicherheitsstrategie dargelegten Bedrohungen gemeinsam mit den lateinamerikanischen Partnern effektiv zu begegnen.

Ungeachtet der bestehenden Defizite haben sich teilweise beachtliche zivilgesellschaftliche Strukturen entwickelt. Die Stärkung der Zivilgesellschaften, die teilweise auch eine wichtige Funktion zur Abwehr autoritärer Entwicklungen haben, sollte durch eine Stabilisierung der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen begleitet werden. Hier sollten auch Deutschland und die EU verstärkt Beiträge leisten, beispielsweise über die Arbeit der politischen Stiftungen und weiterer Akteure wie Nichtregierungsorganisationen vor Ort. Wenn es gelingt, die Beteiligungsrechte der Bürger und die Arbeit der staatlichen Institutionen auf ein langfristig solides und sich selbsttragendes demokratisches Fundament zu stellen, kann autoritären und populistischen Regierungsansätzen auch dauerhaft entgegengewirkt werden.

International hat Lateinamerika wieder an Handlungsspielraum gewonnen. Dabei haben etablierte Partner wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die USA und auch die EU an Einfluss verloren, während Russland, Indien und vor allem China deutlich an Einfluss gewonnen haben. Zwischen den Jahren 2000 und 2005 hat der Handel zwischen Lateinamerika und China jährlich um durchschnittlich 37 Prozent zugenommen.

Die lateinamerikanischen Staaten haben schon vor langer Zeit die Chancen erkannt, die eine regionale Integration bietet, wenngleich die Bereitschaft, staatliche Souveränität an Regionalorganisationen abzutreten, in den letzten Jahren eher abgenommen hat. Die EU ihrerseits hat es in der Vergangenheit versäumt, diesen Prozess im Nachgang zur 1999 erfolgten Etablierung der strategischen Partnerschaft nachdrücklich genug zu unterstützen. Dieses Versäumnis rächt

sich zu einem Zeitpunkt, an dem die politische Landkarte Lateinamerikas weit-
aus differenzierter ist als noch 1999.

Entsprechend verlaufen die verschiedenen Integrationsprozesse weiterhin eher
schleppend. Der Prozess einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA)
befindet sich seit Jahren in einer Sackgasse. Ebenso stagnieren die Verhandlun-
gen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR.
Auch die für viele lateinamerikanische Staaten bedeutsamen Verhandlungen in-
nerhalb der Doha-Runde sind nach wie vor festgefahrenen. Das Fehlen eines ge-
samtlateinamerikanischen Dialogforums und die Rivalitäten zwischen den gro-
ßen Staaten verhindern bislang eine stärkere Integration. Gleichzeitig bilden
sich regionale Bündnisse wie die Bolivarianische Alternative für die Völker
unseres Amerika (ALBA) und die Bank des Südens (Banco del Sur), die das
regionale Hegemoniestreben einzelner Akteure unterstützen und gleichzeitig
eine Abkehr von traditionellen internationalen Partnern bewirken sollen.

In den vergangenen Jahren ist der Faktor Energie zu einer wichtigen Machtres-
source in der lateinamerikanischen Politik geworden. Venezuela, Mexiko, Bra-
silien, Kolumbien, Argentinien und Ecuador verfügen jeweils über beträchtliche
Erdölreserven. Gegenwärtig ist Venezuela der fünftgrößte Erdölexporteur der
Welt. In Brasilien, Bolivien, Peru, Argentinien und Venezuela sind zudem Erd-
gasvorkommen vorhanden. Die Energieressourcen stellen einerseits ein Kon-
fliktpotential auf dem Kontinent dar, bieten auf der anderen Seite allerdings auch
Anreize für wirtschaftliche Kooperation und Investitionen. Der gegenwärtige
Ressourcennationalismus verdeutlicht die Risiken des Rohstoffbooms und be-
günstigt subsistenz- und planwirtschaftliche Modelle, autokratische Tendenzen
und Verteilungskonflikte. Es fehlen Investitionen in nachhaltige Entwicklung.
Zudem geht der unkontrollierte Rohstoffboom oft zu Lasten der Umwelt. Die
Herausforderung besteht darin, in den rohstoffexportierenden Staaten Latein-
amerikas makroökonomische Stabilität und effektive sozialpolitische Maß-
nahmen zu fördern und einer weiteren sozioökonomischen Fragmentierung ent-
gegenzuwirken.

Auf diese neuen Entwicklungen reagieren Deutschland und Europa bislang mit
Verzögerung. Eine klare Strategie und eine präzise Definition von Zielen und
Interessen sind dabei nicht erkennbar. Deutschland und die EU schöpfen ihr
Potential in Lateinamerika weder politisch noch wirtschaftlich aus. Bis heute hat
die 1999 in Rio beschworene strategische Partnerschaft noch keine Gestalt an-
genommen. Die seitdem regelmäßig stattfindenden EU-Lateinamerika/Karibik-
Gipfel müssen auch dazu genutzt werden, bisher erreichte Kompromisse und
Felder der Zusammenarbeit, ebenso wie ihre konkrete Implementierung, kritisch
zu überprüfen. Im Hinblick auf die noch beim Gipfel in Rio de Janeiro 1999 ver-
abredeten 69 Punkte der Zusammenarbeit sind in vielen Bereichen keine oder
nur kaum Fortschritte zu erkennen. Dies gilt neben den Wirtschafts- und Han-
delsthemen auch für strategisch bedeutende Fragen, wie jene der Kooperation
zur nuklearen Nichtverbreitung, zur Bekämpfung internationaler Kriminalität
und des Terrorismus, des Drogenhandels sowie Fortschritten in der rechtsstaat-
lichen Entwicklung und in der kulturellen Zusammenarbeit.

Übereinstimmend kamen Analysten des letzten EU-Lateinamerikagipfels in
Wien im Jahr 2006 zu dem Schluss, dass die derzeitige institutionelle Blockade
regionaler Institutionen wie MERCOSUR als Haupthindernis bei der Umset-
zung weiterer konkreter Projekte zwischen EU und Lateinamerika insgesamt an-
gesehen werden muss. Die EU muss deshalb ihrerseits – auch angesichts des
teils ökonomischen, teils politischen Konkurrenzverhältnisses zu Ländern wie
die USA, Russland, China und zukünftig auch Indien – Überlegungen anstellen,
inwieweit subregionale oder bilaterale Ansätze verwirklicht werden können.

Grundsätzlich bleibt die strategische Situation für Europa im Verhältnis zu
Lateinamerika positiv. Das Streben Venezuelas und Boliviens nach regionaler

Vorherrschaft einerseits und eine weit verbreitete Skepsis gegenüber US-amerikanischer Dominanz andererseits machen Europa für viele lateinamerikanische Staaten attraktiv. Im wohlverstandenen europäischen Eigeninteresse gilt es, diese ausgestreckte Hand zu ergreifen. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass auch andere Akteure wie China, Russland und Indien beginnen, ihren Einfluss in der Region zu vergrößern. Das gemeinsame Wertefundament zwischen Europa und den Ländern Lateinamerikas ist eine gute Basis für wirtschaftliche ebenso wie kulturelle Zusammenarbeit. Gerade deutsche Schulen und Bildungseinrichtungen erfreuen sich großer Beliebtheit und Deutschland genießt großes Ansehen in der Region. Die kulturellen und gesellschaftlichen Verbindungen gilt es verstärkt zu nutzen und darauf hinzuarbeiten, durch kulturelle Verständigung die Völker einander anzunähern.

Im euro-lateinamerikanischen Verhältnis mangelt es nicht an Dialogforen, wohl aber an der konkreten Umsetzung gemeinsamer Projekte in vielen wichtigen Politikbereichen, wie zum Beispiel der Schaffung einer euro-lateinamerikanischen Sicherheitspartnerschaft mit gemeinsamen Initiativen zur Rüstungskontrolle. Es mangelt an belastbaren Strukturen für eine gemeinsame Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels und es mangelt an der Umsetzung der handelspolitischen Zusammenarbeit. Dass es bis heute nicht gelungen ist, ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten abzuschließen, schadet dem strategischen europäischen Interesse, sich langfristig den Zugang zum gesamten lateinamerikanischen Markt zu sichern. Das weltweite Eintreten Europas für Freihandel kontrastiert mit den protektionistischen Vorbehalten, die von der EU in den Verhandlungen mit MERCOSUR immer wieder vorgebracht werden. Neben den regionalen Abkommen haben Assoziationsabkommen an Bedeutung gewonnen, auch weil den auseinanderdriftenden Interessen in Lateinamerika Rechnung getragen werden muss. Die wachsenden Märkte und eine gestiegene Kaufkraft der Bevölkerung sind gute Voraussetzungen, auch hier für intensivierte Handelsbeziehungen der EU mit den Ländern Lateinamerikas einzutreten.

Deutschland steht insgesamt vor dem Problem, dass eine gezielte und umfassende Außenwirtschaftspolitik in Lateinamerika noch immer nicht stattfindet. Zwar nehmen auch deutsche Direktinvestitionen in der Region wieder zu und erreichten im Jahr 2006 mit 60 Mrd. US-Dollar einen neuen Rekord, doch beschränken sich diese Investitionen zumeist auf Mexiko und Brasilien mit einem Anteil von fast 70 Prozent aller Investitionen. Die traditionell guten Beziehungen Deutschlands zu den Staaten Lateinamerikas und das breite Angebotsprofil deutscher Unternehmen, das sich neben den klassischen Exportgütern in den Bereichen des Maschinen- und Anlagenbaus und der chemischen Industrie inzwischen auch auf die Bereiche der erneuerbaren Energien und der Klimaeffizienz erstreckt, können derzeit noch nicht in konkrete Investitions- und Handelsprojekte umgesetzt werden. In einer Umfrage des Lateinamerikaver eins unter den führenden deutschen Investoren in Lateinamerika wurden mangelnde Rechtssicherheit bei der Vergabe von Konzessionen und Lizenzen, der mangelnde Schutz geistigen Eigentums, die Steuergesetzgebung und die persönliche Sicherheit der Mitarbeiter als Haupthindernisse für weitere Investitionen angesehen. Auch hier gilt es, im europäischen Rahmen Verbesserungen herbeizuführen.

Gleichzeitig muss Deutschland Tendenzen entgegenwirken, dass einzelne EU-Mitgliedstaaten politische Sonderverhältnisse zu einzelnen Staaten Lateinamerikas definieren – letztendlich mit dem Ziel, sich auf diesem Wege Verhandlungsvorteile für ihre nationale Außenwirtschaftspolitik zu verschaffen. Insbesondere gegenüber jenen Staaten, die die von der EU gemeinsam vertretenen demokratischen und menschenrechtlichen Standards konsequent unterlaufen, muss die EU mit einer Stimme sprechen und die Einhaltung solcher Standards

konsequent einfordern. Andernfalls macht sich die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik unglaublich unwirksam.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Überprüfung hinsichtlich der Umsetzung der 1999 vereinbarten Ziele der strategischen Partnerschaft vorzunehmen und dem Deutschen Bundestag darüber Bericht zu erstatten;
2. eine kritische Bewertung ihrer Lateinamerikapolitik seit dem IV. EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel in Wien 2006 vorzunehmen;
3. die Erklärung des IV. Gipfeltreffens umzusetzen und die darin erwähnten Instrumente der Zusammenarbeit zu entwickeln und über den Stand ihrer Implementierung dem Deutschen Bundestag Bericht zu erstatten;
4. innerhalb der EU auf Kohärenz und abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedstaaten in Lateinamerika zu drängen;
5. ein ressortübergreifendes Konzept einschließlich nachprüfbarer Zieldefinitionen zur langfristigen Ausgestaltung ihrer Lateinamerikapolitik vorzulegen;
6. gemeinsam mit unseren Partnern in der Gemeinschaft der Andenstaaten und MERCOSUR einen zeitnahen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde anzustreben;
7. sich gleichzeitig dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten zeitnah zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, gleichzeitig aber auch subregionale und bilaterale Ansätze verfolgt werden;
8. darzulegen, welche Rolle Lateinamerika künftig für die Energiediversifizierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union spielen soll;
9. die Sicherheitszusammenarbeit mit Lateinamerika im Sinne der Europäischen Sicherheitsstrategie weiter auszubauen und die Schaffung einer euro-lateinamerikanischen Sicherheitspartnerschaft anzustreben, die Kooperationen in den Bereichen der nuklearen Nichtverbreitung, der Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Terrorismus sowie des Drogenhandels in den Mittelpunkt rückt;
10. in Kooperation mit den deutschen politischen Stiftungen vor Ort die Förderung demokratischer Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit zum Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit zu machen;
11. die kultur- und bildungspolitische Präsenz Deutschlands in Lateinamerika weiter zu stärken und zu fördern und dabei auf eine enge Kooperation zwischen den deutschen Botschaften, Goethe-Instituten, Auslandsschulen, politischen Stiftungen und deutschen Hochschulen hinzuwirken.

Berlin, den 6. Mai 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

